

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP)

Redaktion, Herausgeber, Medieninhaber:

Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ)

Bundespressereferat: A-1030 Wien, Steingasse 25

Telefon: 01/ 718 59 19 * Fax: 01/ 718 59 23

E-Mail: pressedienst@sudeten.at

ZVR-Zahl: 366278162

Wien, am 6. Juni 2011/GE

Um Entschuldigung für die Vertreibung gebeten

Utl.: Tschechischer EP-Vizepräsident Libor Rouček bei Großkundgebung in Lindau

Starke Akzente im sudetendeutsch-tschechischen Verhältnis setzten die 37. Paneuropa-Tage der Paneuropa-Union Deutschland in Lindau (20.-22.05.2011). Die Vertreibung wurde vor allem vom tschechischen Vizepräsidenten des Europäischen Parlamentes, Libor Rouček, von Fürst Hans- Adam II. von Liechtenstein, Herzog von Troppau und Jägerndorf, sowie vom Präsidenten der Paneuropa-Union Deutschland, dem Volksgruppensprecher der Sudetendeutschen, Bernd Posselt MdEP, thematisiert.

Mit einer Klarheit wie vor ihm kein führender tschechischer Politiker bat Rouček in der öffentlichen Paneuropa-Großkundgebung vor Teilnehmern aus 27 Nationen für die Vertreibung der Sudetendeutschen durch die damalige Tschechoslowakei um Entschuldigung. Um sogenannte Völkertransfers und Vertreibungen zu überwinden, müsse man Lehren aus der Geschichte ziehen im Sinne eines „Nie wieder“, wie dies sein Kollege Bernd Posselt gemeinsam mit ihm im Europaparlament tue. Rouček kritisierte in scharfen Worten den tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus, der trotz seiner Lebenserfahrung aus sieben Jahrzehnten immer noch nicht erkannt habe, wie verheerend Nationalismus und wie chancenreich eine europäische Rechtsgemeinschaft sei.

Fürst Hans-Adam legte in einer Grundsatzansprache dar, daß der Staat im zweiten Jahrtausend, besonders in dessen letztem Jahrhundert, immer wieder versagt habe. Dies habe zu zwei Weltkriegen mit Millionen von Toten, zu blutigen Diktaturen sowie dazu geführt, „daß weitere Millionen von Menschen umgebracht, vertrieben oder versklavt wurden“. Nun gelte es, Katastrophen wie im 20. Jahrhundert zu vermeiden.

Der Fürst sprach sich für die größtmögliche Eigenständigkeit der Gemeinden bis hin zu einem Selbstbestimmungsrecht aus, damit auch kleine Gruppen und sogenannte Minderheiten zu ihrem Recht kämen: „Eine relativ homogene Mehrheit, die sich ethnisch, religiös, sprachlich, kulturell oder politisch definiert, kann unter Umständen dazu gebracht werden, das Staatsterritorium, ethnisch zu säubern“, indem die Minderheit benachteiligt, zwangsassimiliert, vertrieben oder ermordet wird.“

Posselt dankte beiden Rednern für ihre klaren Aussagen und unterstrich sein Bekenntnis zur Versöhnung auf der Basis von Wahrheit und Recht als Grundlage der europäischen Einigung. Symbol dessen sei Straßburg „als Parlamentshauptstadt Europas, die dieser EU erst eine Seele gibt“.

Anhand einer weithin beachteten Reise, die er vor kurzem als Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe in die Tschechische Republik unternommen hat, wo er in Lidice die ermordeten Tschechen, in Theresienstadt die ermordeten Juden und in Aussig die ermordeten Sudetendeutschen ehrte, sowie der jüngsten Verneigung der britischen Königin vor den Gräbern irischer Unabhängigkeitskämpfer erläuterte er, daß der Versöhnungsgedanke nicht tot sei, sondern ebenso wie Demokratie, Friede und Rechtsstaatlichkeit Generation für Generation neu erarbeitet werden müsse.